

## SCHWEIZ

### **Eine (beinahe) entwaffnete Arbeiterklasse**

Willi Eberle. *Der Schweizer Kapitalismus ist seit der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts sehr stark in die imperialistische Konkurrenz eingebunden. Die politischen Strukturen formierten sich über bald 200 Jahre um ein «Klassenbündnis» im liberalen Wettbewerbsstaat. Ist im «Sonderfall Schweiz» gar der Klassenkonflikt aufgehoben worden?*

Von Anfang 2012 bis Ende 2014 fanden 35 Volksabstimmungen auf nationaler Ebene statt. Drei davon betrafen Regelungen zur Verbesserung der Löhne oder der Ferien, drei die Verschärfung in der Einwanderungspolitik und drei zielten auf Veränderungen im sozial- und steuerpolitischen Bereich. Drei Themenbereiche, nebst anderen, die im Zentrum der neoliberalen Reformprojekte stehen. Dabei sind nur Schweizer und Schweizerinnen abstimmungsberechtigt und nur knapp 40% davon nehmen normalerweise an den Abstimmungen teil, Tendenz eher fallend.

Schauen wir etwas genauer hin, so sehen wir in diesen Abstimmungen drei wichtige Trends der vergangenen Jahrzehnte bestätigt. Erstens folgen die Abstimmenden, die naturgemäss zur grossen Mehrheit Lohnabhängige sind, eher den Parolen der Unternehmer und ihrer politischen Agenturen als denen der Überreste der traditionellen Arbeiterbewegung, selbst wenn sich diese bei solchen Volksabstimmungen oft auf die Seite der Rentner, der Mieterinnen, der Einwanderer, der Nutzerinnen des Gesundheitssystems, der Lohnabhängigen, jedenfalls der im Marktsystem Beweglicheren unter ihnen, stellen. Diese Abstimmungen gehen meistens im Sinne der Unternehmer aus, insbesondere der Exportindustrie und des Finanzplatzes, teilweise mit hohen Mehrheiten.

Zweitens gilt diese Feststellung auch für die fremdenfeindlichen Vorlagen, die in den vergangenen 30 Jahren für die forsch neoliberale, nationalkonservative SVP (*Schweizerische Volkspartei*) entscheidende Instrumente für den Aufbau einer Massenbasis abgaben. Die Fremdenfeindlichkeit der SVP jedoch spielt sich auf Themen ab, die die Unternehmerfreiheit und die Austeritätspolitik fördern und nicht behindern. Handelt es sich dabei um Abbaumassnahmen in Bereichen, die die gesamte Arbeiterklasse unmittelbar als ganze betreffen und mit denen keine Spaltung möglich ist, etwa im Bereich der Altersvorsorge, kann jedoch die SVP bislang nicht auf die Unterstützung ihrer Massenbasis aus der Arbeiterklasse zählen.

Drittens hat sich die Kombination von neoliberaler Programmatik, anti-systemischen Reflexen und nationalkonservativer Radikalisierung im politischen Aufbauprojekt der SVP als sehr erfolgreich – und verhängnisvoll für die Arbeiterklasse – erwiesen. Die Partei konnte eine politikverdrossene Basis aus «einfachen», von den politischen Institutionen enttäuschten und ihrer überdrüssigen Leute an sich binden, während die institutionelle Linke und die Gewerkschaften ausschliesslich auf einen Ausbau der mannigfaltigen Vermittlungsmechanismen mit der Bourgeoisie in den sich verschärfenden sozialen und politischen Verwerfungen setzen.

Wie es Engels trefflich formuliert hat, ist «das allgemeine Stimm- und Wahlrecht der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat». An den Resultaten der Volksabstimmungen der letzten Jahrzehnte ist deutlich ein Unbehagen mit der Politik der Liberalisierungen erkennbar, wie auch mit der Abbaupolitik, vor allem in der Altersvorsorge. Da die Gewerkschaften und die SPS (*Sozialdemokratische Partei der Schweiz*) für die einfachen Leute kaum mehr Referenzen sind, schlug das Unbehagen an den Liberalisierungen vor allem des Arbeitsmarktes, insbesondere mit dem Abkommen zum freien Personenverkehr mit der EU, häufig als Erfolg für die national-konservativen Kräfte aus.

### **Der Schweizer Kapitalismus als Erfolgsmodell im imperialistischen System**

Der globale Kapitalismus ist seit den 1970er Jahren in eine Phase tiefgreifender Umbrüche getreten, in deren Verlauf mehrere schwere Krisen aufgetreten sind, die die Schweiz teilweise (Mitte der 1970er, Anfang der 1990er, Anfang der 2000er Jahre und 2008) sehr hart trafen. Der helvetische Kapitalismus hat im Verlaufe dieser vier Jahrzehnte seine materielle Verankerung vollkommen

verändert und ging im internationalen Konkurrenzkampf vergleichsweise gestärkt aus diesen Krisen hervor.

Seit der Mitte der 1970er Jahre hat sich ein neues globales Akkumulationsmodell herausgebildet, das erlaubt, die Profite zu erhöhen, ohne entsprechende Konzessionen an die Arbeiterklasse machen zu müssen. Dabei ging es um eine Senkung des Arbeitslohnes und um eine Erhöhung der Arbeitszeit, im globalen Durchschnitt betrachtet. Die Durchsetzung dieser Strategie basierte auf den neuen Kräfteverhältnissen, die sich ab den späten 1970er Jahren zugunsten der Bourgeoisie gewendet hatten.

Die Lösung dazu war der Zugriff auf die ständig vorhandene Reservearmee der Lohnabhängigen, vorerst in der verstärkten Einbeziehung der Frauen in prekarierte Berufe. Ab den 1980er Jahren traten zudem durch die Marktliberalisierungen insbesondere in China, Vietnam, Indien und Lateinamerika riesige neue proletarisierte Massen in die globale Reservearmee. Dieser Prozess beschleunigte sich in den 1990er Jahren, vor allem auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, den Anschluss der ex-DDR an die BRD und der Herausbildung der EU und deren Osterweiterungen mit dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt (Husson, 2013.2; Roberts).

Dieser wachsende strukturelle Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen in Europa, der Schweiz und den USA lässt sich gut veranschaulichen an der Entwicklung der globalen Lohnquote, das heisst des Anteils der Löhne am Volkseinkommen. Diese hat sich im Verlaufe der vergangenen vier Jahrzehnte, über den gesamten globalen Kapitalismus gesehen, von etwa 75 % auf etwa 65 % verringert (Husson, 2013.2). In der Schweiz hat sich die Lohnquote noch ungünstiger entwickelt.

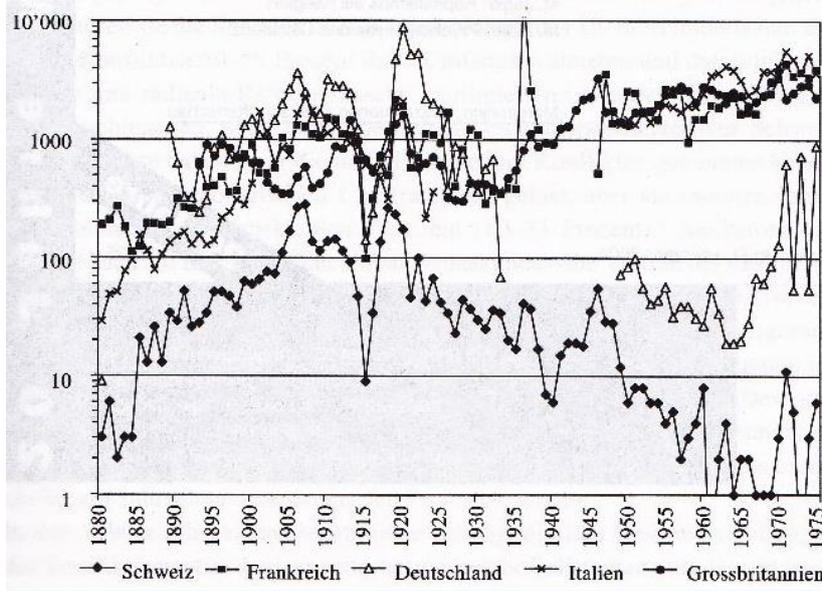
Diese erfolgreiche Positionierung des helvetischen Kapitalismus im globalen Konkurrenzsystem geht einher mit der Existenz einer breiten Schicht von privilegierten Lohnabhängigen, den sogenannten professionellen Mittelschichten, die einerseits teilweise von imperialistischen Renten – das heisst, sie sind via Altersvorsorge und Aktienbesitz an den Profiten der globalen Konzerne beteiligt - leben und andererseits für ihre berufliche Karriere selbst ein Interesse an der Schaffung von Bedingungen haben, die die Positionierung ihres Unternehmens im globalen Konkurrenzkampf begünstigen. Dieser Zusammenhang ist in der Schweiz sicher wichtiger als anderswo. Denn hier ist die Dichte multinationaler Unternehmen und von ausländischen Direktinvestitionen von Schweizer Konzernen wie auch die Exportorientiertheit der Industrie weitaus am höchsten. Ferner werden weltweit pro Kopf der Bevölkerung weitaus am meisten Vermögen verwaltet.

Heinz Karrer, Präsident von *economiesuisse*, dem führenden Unternehmerverband, betont in der NZZ am Sonntag vom 4. Januar 2015 denn auch die wirtschaftsliberalen Faktoren des Erfolgs des helvetischen Kapitalismus: «Das Erfolgsmodell beruht auf mehreren Pfeilern. Das freie Unternehmertum hatte in der Schweiz immer eine grosse Bedeutung. Die Politik bemüht sich, Bedingungen zu schaffen, in denen sich unternehmerische Aktivitäten entfalten können. Dazu gehören die guten Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Auch das liberale Arbeitsrecht bietet enorme Vorteile.»

### **Historische Elemente der politischen Unreife der Arbeiterklasse**

Die folgende Grafik (aus Guex et al) zeigt die Entwicklung der Streikaktivität in der Schweiz, verglichen mit wichtigen europäischen Ländern. Das gezeigte Bild lässt sich bis heute extrapolieren. Die Grundaussage deckt sich mit dem eingangs nahegelegten «Eindruck», dass es offenbar traditionell starke strukturelle Elemente gibt, die die Schweizer Arbeiterklasse wenig konfliktfähig, oder eben, wie es Engels formuliert hat, politisch wenig reif macht. Und dies vor allem seit dem Ersten Weltkrieg.

**Anzahl Streiks in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und der Schweiz aus Guex et al., logarithmisch aufgetragen**



Die Schweizer Industrie entstand vergleichsweise früh. Die Arbeiterklasse war entsprechend den Grundparametern dieser Industrie lange ländlich verankert, ohne grosse Zentren proletarischer Konzentration, zwischen Sprachregionen, Schweizern und Einwanderern und religiöser Zugehörigkeit fragmentiert und entlang von berufsständischen patriotischen Vereinen organisiert; diese unterhielten oft Solidaritätskassen gegen die Risiken von Krankheit und Unfall. Der *Grütliverein*, der bedeutendste dieser Vereine, wurde 1838 gegründet; sein Name spielt auf die Mythologie der Ursprünge der Schweiz an. Politisch war er an die führende Partei des industriellen Bürgertums, den späteren Freisinn (der wirtschaftsliberalen *Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz*), gebunden.

Die Sozialdemokratie erlangte nie die politische Unabhängigkeit wie in anderen industrialisierten Ländern; nach dem Zusammenschluss mit dem viel stärkeren *Grütliverein* um 1902 wurden die klassenkämpferischen Kräfte in der SPS noch weiter an den Rand gedrängt. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten diejenigen Kräfte in der SPS und in den Gewerkschaften die Oberhand, die primär auf den institutionellen Weg der Konfliktlösung setzten. Diese reformistische, institutionalistische Tendenz setzte sich dann mit dem (einzigen!) landesweiten Generalstreik vom November 1918 vollends durch. Bereits in der Vorkriegszeit wurden von Regierungen, in denen die SPS vertreten war, die Armee gegen die Streikenden eingesetzt. Der Generalstreik wurde von der Streikleitung nach Geheimverhandlungen mit der Regierung, den Unternehmern und der Armee ohne Einverständnis der Streikenden abgebrochen.

Im Juli 1937 wurde dies dann mit dem sogenannten Friedensabkommen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften in der Maschinen-, Uhren- und Metallindustrie, den zentralen Sektoren der Industrie, kodifiziert. Gegenüber einer unwilligen Gewerkschaftsbasis wurde das Friedensabkommen mit der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Exportwirtschaft begründet. Der Arbeitsfriede kommt faktisch einem Verbot für die helvetische Arbeiterklasse gleich, das wirkungsvollste Kampfmittel einzusetzen, das ihr zur Verfügung steht, um das Kräfteverhältnis gegenüber den Unternehmern und so ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die absolute Friedenspflicht stellt Solidaritätsstreiks und flächendeckende Kampfmassnahmen vor praktisch kaum überwindbare Hindernisse. Sie wurde fortan zu einem entscheidenden Faktor der Atomisierung und Entpolitisierung der Arbeiterklasse.

Einmal in der Metall-, Uhren und Maschinenindustrie eingeführt, breitete sich die Friedenspflicht auf alle Bereiche der produktiven Wirtschaft aus. Wo es zu Kämpfen der Arbeiter und Arbeiterinnen kam, mussten diese nicht nur gegen die Unternehmer, sondern oft auch gegen die Gewerkschaftsführungen ausgefochten werden.

Die politische Konkordanz setzte sich im nationalen Rahmen im Zusammenhang mit dem kriegsbedingten autoritären Ausnahmeregime 1943 mit dem Eintritt der SPS (mit einer kurzen Unterbrechung 1953 bis 1959) in den Bundesrat durch; die SPS, die seit den 1920er Jahren die wählerstärkste Partei war, war seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in einem antibolschewistischen Reflex immer weiter nach rechts gerückt.

### **Die politische Wende der 1990er Jahre: Alle nach rechts**

Die Schweizer Industrie, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem für den Export produziert, konnte im internationalen Vergleich besonders stark vom Nachkriegsboom bis Mitte der 1970er Jahre profitieren. Zwischen 1950 und 1970 sind die Löhne um 70 % und die Profite um 195 % gewachsen. Die Sozialversicherungen wurden im gegenseitigen politischen Einverständnis ausgebaut, wenn auch im internationalen Vergleich spät und auf tieferem Niveau und mit einer überdurchschnittlichen Kostenbeteiligung der Lohnabhängigen.

Diese Fortschritte waren – zumindest in der Schweiz – nicht durch Arbeiterkämpfe, sondern durch starkes Wachstum und einen expandierenden Arbeitsmarkt entstanden; sie wurden und werden weiterhin als Bestätigung der Politik der Klassenzusammenarbeit im Staat und in den Betrieben ideologisch instrumentalisiert.

Die erste Schockwelle von 1974/1975 traf vor allem Sektoren mit einem hohen Anteil an ausländischen Arbeitskräften, wie etwa den Bausektor und die Textilindustrie. Die ausserordentlich hohe Arbeitslosigkeit von etwa zehn Prozent konnte beinahe vollständig durch die Ausweisung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter auf deren Schultern abgewälzt werden. Ferner lancierte die Bourgeoisie recht schnell ein einschneidendes Austeritätsprogramm im Staat und in der Wirtschaft, an dessen Umsetzung die SPS in den Regierungen und die Gewerkschaften im Rahmen eines stillschweigenden «Flexibilisierungspaktes», im Sinne einer Wiederankurbelung des Wachstums, mitarbeiteten.

Die einsetzenden Veränderungen in der Arbeitswelt gingen mit tiefgreifenden Umwälzungen der sozialen Basis des Schweizer Kapitalismus einher. Im Gegensatz zur vorhergehenden Periode drang die Warenform der Arbeitskraft unter dem Druck der kapitalistischen Konkurrenz wieder stärker in die Arbeitsrealität der Lohnabhängigen vor. Und dies vorerst ausgeprägter als in anderen wichtigen OECD-Ländern.

Mit der Krise zu Beginn der 1990er Jahre erreichte diese Dynamik eine neue Qualität. Die industriellen Restrukturierungen nahmen ein noch höheres Tempo an, die Arbeitslosigkeit erreichte über 5% in einem Land, wo sie seit 1940 immer unter 1% gelegen hatte. Die Gewerkschaften waren mit ihrer Stillhaltepolitik angesichts der zunehmenden unternehmerischen Angriffe ratlos; sie machten mit dem sogenannten «Krisenartikel» von 1993 noch weitere Zugeständnisse in dem Sinne, dass den Unternehmern zur Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit zeitweilige Abweichungen von den Regelungen in den Gesamtarbeitsverträgen erlaubt wurde.

Die von den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung eher im Stich gelassenen unteren und mittleren Segmente der Lohnabhängigen suchten Rettung in anti-systemischen und identitären Orientierungsmustern. Dies wurde von der einstigen Partei der Bauern und des ländlichen Kleingewerbes, der Schweizerischen Volkspartei (SVP), ab den frühen 1980er Jahren geschickt ausgenutzt. Sie stellte sich früh gegen die Repräsentanten des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit, etwa anlässlich der Kampagnen um fremdenfeindliche Volksinitiativen und mit einem anti-institutionellen Diskurs. Wichtige Daten waren etwa die Kampagne um einen UNO-Beitritt der Schweiz (1986) und um den Beitritt der Schweiz zum *Europäischen Wirtschaftsraum* EWR (1992). Die Führung der SVP bestand und besteht weiterhin aus einer forsch wirtschaftsliberalen Schicht von Industriellen, Finanzmanagern und rechten Intellektuellen, die seit den 1970er Jahren auf eine politische Abrechnung mit der «Neuen Linken» aus sind; diese ist mittlerweile in die staatlichen Institutionen, in die Gewerkschaftsapparate, in die SPS, in freie Berufe und ins mittlere Management von Konzernen vorgerückt.

Die SVP ist heute die Partei, die die schwächeren Segmente der Lohnabhängigen anspricht – über 40 % ihres Wählerpotenzials stammt bei einem allgemeinen Wähleranteil von etwa 33 % aus dieser Schicht. Bei der SPS ihrerseits macht diese Schicht bei einem Wähleranteil von etwa 18 % weniger als 20 % aus. Sie war seit den 1920er Jahren bis weit in die 1970er Jahre mit etwa 25 % die stärkste Partei, während die SVP immer um die 10 % lag und kaum in der Arbeiterklasse verankert war (Boschetti).

In einer selbstkritischen Analyse seiner siebenjährigen Amtszeit bilanzierte der SPS-Präsident in den 1990er Jahren, Peter Bodenmann, dass die SPS sich zwar elektoral habe auffangen können. Es sei ihr aber nicht gelungen, die Menschen am Rande der Gesellschaft, die Arbeiter und Angestellten mit tiefen Einkommen politisch zu bewegen. Sie habe es verpasst, «lebendige Strukturen zu schaffen, in denen die kommende Generation ihre politischen Erfahrungen im notwendigen Widerspruch zu den herrschenden Zuständen formen könne». Die SPS hat ab den 1990er Jahren in den Regierungen auf allen Ebenen die Abbaumassnahmen bei den Sozialversicherungen, die Änderungen des Steuersystems zugunsten der Unternehmer und der Reichen und die Liberalisierungen bei den öffentlichen Dienstleistungen entscheidend mitgeprägt und vorwärtsgetrieben.

### **Ansätze für Befreiung**

«Während die heutige Situation vom Sieg der neokonservativen Offensive, der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und einem Rechtsrutsch in der Politik geprägt ist, haben eben diese neokonservativen Angriffe zu einer diffusen Unzufriedenheit geführt, die auch positive Auswirkungen hat. ... Eines steht ausser Frage: der Bruch mit dem Kapitalismus, ... , ist nur möglich, wenn die Lohnabhängigen bei der Verteidigung ihrer Rechte selbst zu Akteuren werden. Das ist die erste Voraussetzung für die Entstehung von Kollektiven, die Können und Erfahrung sammeln, die gegenüber den Herrschenden ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, die die Realität nach anderen Kriterien lesen können als ihnen dies die Herrschenden vorgeben und die folglich ihr Handeln umfassender sehen» (Antikapitalistische Linke).

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fundamente des Schweizer Kapitalismus werden früher oder – eher – später in den Strudel der sich vertiefenden Krise des globalen Kapitalismus gerissen werden. Diese Krise äussert sich in einer wachsenden ökologischen Krise, einem zunehmenden Verarmungsprozess selbst in den imperialistischen Zentren und als um sich greifende kriegerische Entwicklungen. Nebst den Massenerhebungen führen diese tiefgreifenden Umbrüche der globalen Verankerung des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses zu wachsenden Massenwanderungen und Flüchtlingsströmen, zu einem Zerfall der herrschenden geo-politischen Ordnungssysteme und einer Vernichtung von ungeheuren Massen an materiellem und kulturellem Reichtum. Erreicht diese Welle eine Gesellschaft ohne sichtbare und tragfähige Ansätze einer revolutionären Lösung der Krise, das heisst einer Überwindung und Zerschlagung der Fundamente der bürgerlichen Herrschaft und der Warenform, dann können immer reaktionärere Lösungsmuster in den Vordergrund treten: Rassismus, National-Chauvinismus, autoritäre und anti-demokratische Gegenreformen, gewaltsamer Ausschluss «unnützer» Teile der Bevölkerung, Perfektionierung und Militarisierung der Repressions- und Überwachungsinstrumente usw.. Die Ansätze dazu sind auch in der Schweiz über die vergangenen 30 Jahre in modernisierter Form aufgebaut worden – oft unter der ideologischen Klammer eines nationalistischen Bündnisses in der internationalen Standortkonkurrenz.

Es gibt über die vergangenen Jahre Beispiele, wo die Lohnabhängigen, die Studentinnen, die Jugend selbst aktiv wurden gegenüber dem Vordringen der Warenform in ihren Arbeits- und Lebenszusammenhang. Bei den Streiks in den Genfer Spitälern, Altersheimen und im Flughafen (2011 bis 2013), dem Streik im Spital La Providence in Neuchâtel (2012 bis 2013) verteidigten die Angestellten ihre Arbeitsbedingungen gegen massive Verschlechterungen in enger Zusammenarbeit mit einer kämpferischen lokalen Gewerkschaftsführung, die ihnen nie die Kontrolle aus den Händen nahm. Als herausragendes Beispiel für einen erfolgreich geführten Arbeiterkampf gilt ebenfalls die Betriebsbesetzung und der Streik in den SBB-Werkstätten in Bellinzona vom Frühjahr 2008; dort

erklärten die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Betriebsschliessung gleich zu Beginn, dass nur sie für Verhandlungen mit dem Unternehmer verantwortlich seien und fielen so der nationalen Gewerkschaftsführung in die Parade. Auch in der Deutschschweiz kam es zu mehreren Arbeiterkämpfen, bei denen es allerdings den Streikenden kaum je gelang, gegenüber den Gewerkschaftsführungen einen gewissen autonomen Handlungsspielraum zu bewahren, was oft in grausame Niederlagen führte. Als Beispiel sei der Streik in der Kartonfabrik Deisswil (2010) erwähnt, wo die Gewerkschaftsführung einen verzweifelten und spontanen Kampf gegen die Betriebsschliessung mit geheimen Verhandlungen in eine vernichtende Niederlage geführt hat.

Solche Momente der Selbstaktivität der Lohnabhängigen entwickeln das Selbstvertrauen, die Selbstorganisation und das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse. Indem durch sie die Kraft kollektiven Handelns entwickelt und erfahrbar wird, machen sie die Vorstellung einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus und der bürgerlichen Herrschaft fassbarer und glaubwürdiger. Sie sind unter anderen die Anknüpfungspunkte für die Entwicklung von verpflichtenden politischen Handlungszusammenhängen im Sinne einer Überwindung der Herrschaft des Kapitals. Die Tradition des revolutionären Marxismus ist an den Menschen zu messen, die zu Handelnden in den Kämpfen werden. Das heisst, es braucht eine «Beteiligung an den Strukturen und Schauplätzen, um den sozialen Konflikt voranzutreiben. Das heisst auch, auf Aktionseinheiten hinarbeiten, damit kollektive Mobilisierungen entstehen oder sich ausweiten» (Antikapitalistische Linke). Und mit den Aktivistinnen und Aktivisten einen organisierten Kontakt aufzubauen und mit ihnen in eine programmatische Debatte um die strategischen (und taktischen) Aufgaben zu treten, an deren Ende der Aufbau einer politischen Instrumentes stehen sollte, um die Ziele der Bewegung zu Ende zu führen.

#### **Zitierte Referenzen:**

Antikapitalistische Linke: Programmatisches Manifest. 2008. Unter: <http://maulwuerfe.ch/?p=304>

Boschetti, Pietro: La conquête du pouvoir. Essai sur la montée de l'UDC. Carouge-Genève, 2007

Husson, Michel : La théorie des ondes longues et la crise du capitalisme contemporain. Dezember 2013.1. Unter : <http://hussonet.free.fr/mandelmh13.pdf>

Husson, Michel : La formation d'une classe ouvrière mondiale. Dezember 2013.2. Unter : <http://hussonet.free.fr/classow.pdf>

Guex, Sébastien; Schnyder Burghartz, Albert: Die Schweiz: Land des Konsens? In: Traverse 2001/3. Zürich, 2001

Roberts, Michael: A world rate of profit. 2011. Unter : [https://thenextrecession.files.wordpress.com/2012/07/roberts\\_michael-a\\_world\\_rate\\_of\\_profit.pdf](https://thenextrecession.files.wordpress.com/2012/07/roberts_michael-a_world_rate_of_profit.pdf)

*Der Autor ist Mitglied der Antikapitalistischen Linken, lebt in Zürich und animiert die Internetseite [maulwuerfe.ch](http://maulwuerfe.ch)*

*Dieser Beitrag erscheint in der Inprekorr 2/2015 (März-April)*